
FINANZWISSENSCHAFTSLEHR- BÜCHER IM VERGLEICH

Rezension von: Joseph E. Stiglitz, Bruno Schönfelder, Finanzwissenschaft, Oldenbourg-Verlag, München/Wien 1989, 772 Seiten, und: Dieter Brümmerhoff, Finanzwissenschaft, 5. erweiterte und überarbeitete Auflage, Oldenbourg-Verlag, München/Wien 1990, 548 Seiten.

I.

Die Entwicklung des öffentlichen Sektors der späten achtziger und der neunziger Jahre ist – dies wird kaum jemand noch bestreiten – durch eine markante Rollenwandlung bestimmt. Einerseits wird er in vielen Bereichen durch Privatisierung an Gewicht verlieren. In anderen wird sich die Organisationsform des öffentlichen Sektors ändern. Manche Funktionen von Nationalstaaten werden – zumindest in Westeuropa – auf supranationale Zusammenschlüsse übergehen. Andererseits ist angesichts der herrschenden Problemlagen zu erwarten, daß auf den öffentlichen Sektor insgesamt wichtige Aufgaben im Umwelt- und Verkehrsbereich zukommen.

Eine weitere einschneidende Änderung betrifft die Sicht von Steuersystemen. Traditionellerweise war man gewohnt, diese vor allem unter fiskalischen und redistributiven Sichtweisen, sowie eventuell unter dem Aspekt der makroökonomischen Stabilisierung zu sehen. Diskussionen wie jene um „Öko-Steuern“, um „Maschinensteuern“ und um Progressionsabbau zeugen von der Einsicht, daß Steuersysteme einen umfassenden Eingriff in das Preissystem einer Volkswirtschaft darstellen und unter diesem Aspekt zu analysieren sind.

Dieser Neudefinition des öffentlichen Sektors sind in den siebziger Jahren theoretische Innovationen vorangegangen, welche die Finanzwissenschaft von einer stark institutionell geprägten Sonderdisziplin endgültig zu einer allgemeinen Theorie nicht-marktlicher Allokationsmechanismen machte – und damit zu einem integrierenden Teil der modernen theoretischen Ökonomie überhaupt. Man denke nur an Bereiche wie die Optimal-Steuertheorie oder „anreizkompatible“ Mechanismen der effizienten Bereitstellung öffentlicher Güter.

Es sei dahingestellt, inwieweit die eingangs erwähnte Verlagerung des Schwerpunkts in der politischen Diskussion mit diesen theoretischen Innovationen in Verbindung steht oder gar direkt auf diese zurückgeht. Im Bereich der Steuerreform ist ein solcher Zusammenhang allerdings evident. Indessen sollte man sich vor dem Trugschluß hüten, diese neuen Theorien lieferten Lösungen, die man nur „in die Praxis umsetzen“ müßte. Ihre Bedeutung besteht vielmehr meist darin, daß sie den begrifflichen Rahmen und präzise Argumente für einen qualifizierteren Diskussionsprozeß im politischen Bereich liefern.

Dies können sie aber nur leisten, wenn eine hinreichende Anzahl von in der Politikberatung, im Journalismus und in den Interessenvertretungen tätigen Menschen die wesentlichen Argumente verstehen. Der sich daraus ergebenden Notwendigkeit, die zuerst nur in abstrakten und komplizierten Modellen formulierten Zusammenhänge für ein nicht-spezialisiertes Fachpublikum zugänglich zu machen, trägt nunmehr eine in den achtziger Jahren erschienene neue Generation von Lehrbüchern Rechnung.

II.

Dem ersten der hier besprochenen gelingt dies auf eine bemerkenswerte

Weise. Es handelt sich um das von Bruno Schönfelder in die deutsche Sprache und auf deutsche Verhältnisse übertragene Buch „Economics of the Public Sector“, 2nd. Ed., 1988 von Joseph Stiglitz. Das Buch besticht durch eine Reihe von Vorzügen. Stiglitz schöpft die Möglichkeiten bis zur Grenze aus, sehr komplexe Zusammenhänge und Argumentationen durch Graphiken ohne mathematischen Aufwand zugänglich zu machen. Auch die Einfachheit hat ihren Preis, aber bei Stiglitz kann man sicher sein, daß bis zuletzt darum gerungen wurde, diesen möglichst niedrig zu halten. Dieser benutzerfreundliche didaktische Ansatz ist so konsequent durchgehalten, daß man auf den ganzen 700 Seiten vergeblich nach einer mathematischen Ableitung sucht. Stiglitz bleibt aber nicht nur in seinen Graphiken, sondern – was oft noch schwieriger ist – in seinen verbalen Erörterungen äußerst exakt. Es wird schwerfallen, ihm irgendwo fehlerhafte Logik der Argumentation nachzuweisen.

Der rigorose Verzicht auf formale Darstellungen sollte allerdings über eines nicht hinwegtäuschen: Das Verständnis der im Buch präsentierten Argumentationen impliziert eine nicht ganz oberflächliche Kenntnis von entscheidungslogischen und markttheoretischen Grundlagen. Stiglitz' geschickte Präsentation eröffnet zwar durchaus auch dem wenig Vorgebildeten die Möglichkeit, sich Zusammenhänge „intuitiv“ plausibel zu machen. Man sollte sich dabei aber im klaren sein, daß hinter sehr simpel aussehenden und ziemlich einfach erklärten Graphiken vielfach im Grunde komplizierte Voraussetzungen und Argumentationsmuster stehen. An einigen Stellen wird sich mancher Leser sogar fragen, ob die didaktisch begründete Vereinfachung nicht zu weit getrieben wurde, etwa bei der Darstellung des Harberger-Modells der Steuer-Inzidenz in einem rudimentären „allgemeinen Gleichgewicht“. Es ist zu be-

fürchten, daß die Abbildung zum „Harberger-Modell“ auf S. 541 doch insofern zu stark vereinfacht, als das Wesentliche – nämlich die hinter der Kapitalangebotskurve im „körper-schaftlichen Sektor“ steckenden Zusammenhänge – den meisten Lesern höchstens fragmentarisch und als vage Ideen bewußt werden. Denn die – relativ kurze – verbale Motivierung des Verlaufs dieser Kurven (sektorale Kapitalintensitäten und Substitutionselastizitäten) dürfte an dieser Stelle für einen wirklichen Einstieg in die Interdependenzen des Modells nicht hinreichen.

Solches ist allerdings eher ein Einzelfall. An den meisten Stellen wird indessen die Bewunderung für die erfolgreich geübte Kunst der präzise bleibenden Vereinfachung alle Zweifel in den Hintergrund drängen. Die Gefahr einer zu naiven Sicht theoretischer Modelle wird überdies durch eine weitere bestechende Fähigkeit Stiglitz' gemildert. Mit wenigen sicheren Strichen vermag er theoretische Modelle – wie beim eben erwähnten Harberger Modell – zu relativieren und in eine Gesamtperspektive zu stellen. Er findet den Mittelweg zwischen unkritischer Paukerei – welche unter Umständen zu einer Ideologisierung von Modellen und Argumenten führt – und besserwisserischer Nörgelei, welche dem Leser den Blick auf das trotz aller Problematik meist vorhandene Erklärungspotential verstellt und ihm den Anreiz zu einer wirklichen intellektuellen Auseinandersetzung nimmt.

III.

Eigentliche Schwächen weist das Buch nicht auf. Durch in den in der neuen amerikanischen und der deutschen Auflage erfolgten Einbezug der Stabilisierungspolitik wird insgesamt ein abgerundetes Bild einer modernen Finanzwissenschaft präsentiert.

Es wäre Beckmesserei, einem sol-

chen Buch das Fehlen vertrauter Bereiche aus der älteren deutschen Finanzwissenschaft anzukreiden. Gewiß eröffnet auch das Wagnersche Gesetz – welchem in der Tat nur sehr rudimentär Erwähnung getan wird – den Blick auf manche Zusammenhänge. Indes: Wer danach sucht, wird sich kaum über einen Mangel an ohne großen Aufwand zugänglicher Literatur beklagen können.

Schwerer wiegt da schon, daß einigen wenigen, in der modernen Diskussion präsenten Themen zuwenig Aufmerksamkeit zuteil wird und das Argumentationsniveau nicht die ansonsten vorhandene treffsichere Differenzierung erreicht. Ein Beispiel ist etwa das Coase-Theorem. Gerne akzeptiert man, daß dieses „Theorem“ für Theoretiker vom Schlage eines Stiglitz eine längst abgetane Geschichte ist. Dies ändert aber nichts daran, daß es eine fortgesetzte Quelle von Mißverständnissen ist, welche alles andere als „harmlos“ sind – man denke an die in manchen juristischen Zeitschriften um sich greifende Diskussion um das Verursacherprinzip, welches man unter Hinweis auf Coases Beitrag glaubt verwerfen zu müssen. Eine qualifizierte Einordnung dieses Theorems in die Theorie der externen Effekte und der öffentlichen Güter wäre daher gerade in einem solchen Einführungsbuch hochwillkommen.

IV.

Bruno Schönfelders Übertragung ins Deutsche ist leidlich gut gelungen. Sie vermeidet im großen und ganzen sperrige Eindeutschungen, aber auch unnötige Übernahmen englischer Termini und Floskeln.

Schönfelder hat einige Kapitel, zum Beispiel jene über die einzelnen Steuern, für deutsche (aber nicht für österreichische oder schweizerische) Verhältnisse adaptiert. Die im Original in diese Kapitel verpackte Theorie ist un-

verändert übernommen. Die an sich gute Idee, Theorie und konkrete steuerpolitische Ausgestaltung weitgehend verbunden zu präsentieren, mag in gewissem Sinn als Nachteil empfunden werden. Wenn man sich die Theorie aneignen will, bekommt man ein konkretes Steuersystem mit dargestellt – allerdings nicht das österreichische. Im Zuge der EG-Integration ist vielleicht aber die Kenntnis wichtiger ausländischer Steuersysteme auch für den Nicht-Spezialisten nicht unbedingt nur unnützer Ballast.

Irritiert ist man indes durch Unachtsamkeiten, die Schönfelder bei sporadischen eigenen Bemerkungen, z. B. zur Darstellung von Informationsmängeln als Marktversagens-Typus, unterlaufen. Es kann vorteilhaft sein, daß der Staat Produktinformationen bereitstellt (oder ihre Bereitstellung durch Konsumentenschutzorganisationen fördert). Solche Informationen sind vielfach ein öffentliches Gut, das der Markt in zu geringem Umfang bereitstellen würde. Schönfelder nennt – in Ergänzung zum Original – als Beispiel das Lebensmittelgesetz, welches „den Verbraucher vor Täuschung und Gesundheitsschäden“ (S. 105) schützt. Diese Formulierung ist deshalb problematisch, weil die Grenze zu einer Art von Marktversagen verwischt wird, welche ebenfalls mit Informationsunvollkommenheiten zu tun hat. Es sind dies die unvollkommenen Märkte aufgrund „Adverse Selection“ und „Moral Hazard“, welche dadurch entstehen, daß ein Kontraktpartner besser informiert ist als der andere und ein Interesse daran hat, diesen Informationsvorsprung zu seinem Vorteil auszunutzen – also jenen „täuscht“. „Täuschung“ ist somit ein Begriff, der mit asymmetrischer Information und den daraus sich ergebenden Kontraktproblemen zusammenhängt, aber nicht mit dem Umstand, daß Information ein öffentliches Gut darstellt. Gewiß treten beide Phänomene empirisch oft zusammen auf.

Trotzdem ist die Logik der Argumentation verschieden – und eben diese verschiedenen Argumentationslinien gilt es möglichst klar herauszuarbeiten.

V.

Einen anderen Ansatz als Stiglitz/Schönfelder verfolgt das seit einigen Jahren auf dem Markt befindliche und 1990 in einer „überarbeiteten und erweiterten“ 5. Auflage erschienene Lehrbuch Dieter Brümmerhoffs.

Obschon die angepeilte Leser-Zielgruppe und der angepeilte Kenntnisstand in vielen Bereichen durchaus vergleichbar sind, macht Brümmerhoff relativ viel Gebrauch von analytischen Darstellungen. Dies hat ohne Zweifel nicht nur Nachteile.

Analytische Ableitungen können die Transparenz von Argumentationen auch dann erhöhen, wenn diese im Prinzip verbal darstellbar sind. Somit füllt die Konzeption des Buches zweifellos eine Lücke zwischen fortgeschrittenen Textbüchern aus dem angelsächsischen Raum, die den Anspruch haben, zum „state of the art“ hinzuzuführen, und andererseits Texten, die auf analytische Aufarbeitung des Stoffs weitgehend verzichten.

Der Autor hat dem Buch nunmehr eine substantielle Überarbeitung angeeignet lassen, welche ihm insgesamt durchaus zu seinem Vorteil gereicht. So werden etwa die Probleme asymmetrischer Information, der Anreizkompatibilität und des Risikos als Ursachen des Zusammenbruchs von Märkten neu thematisiert (Moral Hazard und Adverse Selection). Die entsprechenden Erörterungen führen zwar nicht sehr in die Tiefe, aber es handelt sich um eine brauchbare Präsentation wesentlicher Ideen.

Insgesamt positiv hervorzuheben sind der in vielen Passagen schnörkellose Stil der verbalen Erklärungen, der

kluge Gesamtaufbau und die transparente Struktur.

VI.

So gesehen würde es lohnen, wenn Verfasser und Verlag bei einer allfälligen Neuauflage noch einmal die Investition einer abermaligen gründlichen Durchsicht auf sich nehmen würden. Denn das Ausmerzen einiger Schwächen würde zu einem wirklich guten Lehrbuch führen. Einige Beispiele für solche Schwächen seien im Detail dargestellt:

1. Die Samuelson-Bedingung der Allokationseffizienz bei öffentlichen Gütern wird zwar schön – in parallelen graphischen und analytischen Darstellungen – abgeleitet und erläutert. Zu fragen wäre höchstens, ob für den beabsichtigten analytischen Zweck wirklich eine derart indexreiche Notation nötig ist.

Eine gewisse Verwirrung tritt aber auf, sobald das Konzept des Lindahl-Gleichgewichts eingeführt wird, und sie begleitet den Leser so lange, bis die Abhandlung der damit in Zusammenhang stehenden Probleme im Kapitel über „Theoretische Grundlagen des staatlichen Entscheidungsprozesses“ beendet wird. Die Ursache der Verwirrung liegt darin, daß der Unterschied zwischen dem kontrakttheoretischen Kern der Lindahlschen Idee und dem abstrakten allokationstheoretischen Rasonnement Samuelsons nicht hinreichend klar herausgearbeitet wird. Bekanntlich ist bei Samuelson und bei Lindahl die Pareto-Effizienz entscheidendes Wohlfahrtskriterium. Während aber die Samuelson-Bedingung eine Menge verteilungsabhängiger Pareto-effizienter Allokationen liefert, die – wie Brümmerhoff richtig feststellt – mittels einer sozialen Wohlfahrtsfunktion geordnet werden müßten, wird bei Lindahl die Frage gestellt, welche Kombination von individuellen Steuerpreisen und Men-

gen des öffentlichen Gutes Pareto-optimal – und daher einstimmig zu realisieren – wäre, wenn von einer bestimmten Verteilung ausgegangen wird. Lindahl-Preise sind somit zwar dafür notwendig, daß bei einer gegebenen Verteilung und gegebenen partialanalytischen Nachfragekurven alle Bürger im Sinne einer Pareto-Verbesserung mit der Versorgung mit dem öffentlichen Gut zufrieden sind (vgl. dazu die Erörterung auf S. 106). Sie sind aber (entgegen dem, was die Darstellung auf S. 82 unten und 105 suggeriert) zur Bestimmung der Bedingungen Pareto-effizienter „Mengenlösungen“, die nur Technik, Nutzenfunktionen und Ressourcenausstattung zur Voraussetzung haben, nicht nötig. Eine solche könnte institutionell durch den berühmten benevolenten und allwissenden Planer implementiert werden. Sie könnte aber auch, wenn die individuellen Präferenzen symmetrisch und eingipflig sind, durch Mehrheitsabstimmung bei gleichen Finanzierungsanteilen für das öffentliche Gut zustande kommen. Daß in beiden Fällen viele Individuen mit der Politik hinsichtlich des öffentlichen Gutes nicht zufrieden sein werden, ist klar.

2. Nicht allein unter den finanzwissenschaftlichen Lehrbüchern ist Brümmerhoff mit seiner inhaltlichen Charakterisierung des Zusammenhangs von öffentlichen Gütern mit externen Effekten. Wie viele andere hebt er den „fließenden“ Übergang zwischen beiden Phänomenen und deren formale Ähnlichkeit hervor. Inhaltlich unterscheiden sich externe Effekte demnach vor allem dadurch, daß sie „unerwünschte Nebeneffekte“ (S. 80) von anderen Aktivitäten darstellen.

In dieser Form ist diese Feststellung problematisch. Für die Öffentlichkeit von Gütern ist deren Nicht-Rivalität essentiell. Bei dem durch das Konzept der Externalitäten thematisierten Fall nicht-marktvermittelter technologischer Interdependenzen kann es sich

durchaus um die Nutzung rivaler Ressourcen handeln. Die Nicht-Rivalität von Gütern impliziert Externalitäten, aber nicht umgekehrt. Ein Öffentliches-Gut-Problem tritt vielfach beim Versuch auf, diese technischen Interdependenzen durch entsprechende Institutionen effizienzsteigernd sozial zu regulieren. Aber es ist genauso denkbar, daß die Schaffung geeigneter Eigentumsrechte hinreicht, um die rivalen Ressourcennutzung durch ein Preissystem effizient zu regulieren.

3. Nach den Erfahrungen im Lehrbetrieb ist die analytische Ableitung der Effizienzbedingungen bei Vorliegen von Externalitäten und ihre verbale Erläuterung für ein einführendes Lehrbuch zu komprimiert. Das gilt im besonderen auch für die Darstellung von Korrekturmöglichkeiten für die durch externe Effekte verursachten Effizienzverluste. Beispielsweise erfordert eine effiziente Allokation im Falle einer negativen Produktionsexternalität neben der Reduzierung der Menge des betreffenden Gutes auch die Wahl der effizienten Schadstoffvermeidungstechnologie. Das Vorliegen dieser simultanen Entscheidungssituation ist aus den Erläuterungen zur Abbildung 4–7 auf S. 66f. jedoch nur bei entsprechendem Vorwissen ersichtlich und verständlich.

Vor allem aber leidet die Darstellung durch den mehrmaligen, unvermittelten Wechsel zwischen total- und partialanalytischer Argumentation.

4. Einer näheren Erläuterung bedürfte auch die im Kapitel über die Steuerverteilungstheorien enthaltene zwiespältige Haltung zum Nutzen als Bemessungsgrundlage für die Leistungsfähigkeit.

Einerseits wird ausführlich die von Dieter Schneider (der mit Schneider (1985)?, einer im Literaturverzeichnis nicht auffindbaren Arbeit – gemeint ist vermutlich Schneider (1984) – zitiert wird) praktisch und theoretisch begründete Ablehnung des Nutzens als Bemessungsgrundlage referiert

(S. 239 und 241 f.). Im Anschluß daran folgt aber ohne weitere Begründung die bekannte Darstellung der Opfertheorien: Der Nutzen aus dem Einkommen wird dabei als Maßgröße für die Leistungsfähigkeit verwendet. Es wäre zumindest wünschenswert, die Konsequenzen aus der Schneiderschen Argumentation für die Opfertheorien transparent zu machen.

5. Verwirrend und zum Teil falsch ist die Darstellung der Einkommens- und Substitutionseffekte im Kapitel über Allokationswirkungen von Steuern.

So wird zum Beispiel beim Vergleich der Wirkung einer speziellen und allgemeinen Verbrauchssteuer auf die Güternachfrage die Reduktion der Gütermenge infolge einer allgemeinen Verbrauchssteuer als Einkommenseffekt der ersteren bezeichnet. Die Differenz zum – mit der Preiserhöhung aufgrund einer aufkommensneutralen, speziellen Verbrauchssteuer verbundenen – gesamten Mengeneffekt beim besteuerten Gut stellt sodann nach Brümmerhoff S. 263 den Substitutionseffekt dar. Beides sind Definitionen, die offensichtlich im Widerspruch zur Slutsky-Gleichung stehen.

Im Widerspruch zur üblichen Verwendung der Begriffe steht auch die in Übersicht 14-1, S. 247 und im nachfolgenden Text ausgeführte Gleichsetzung von Steuereinhaltung und Einkommenseffekt sowie von Steuerausweichung und Substitutionseffekt.

6. Im Vergleich zur 1. Auflage wurde die Erläuterung von Subventionen um die Darstellung von Sachleistungen ergänzt. Es ist allgemein bekannt, daß Sachleistungen gegenüber kostenneutralen monetären Transfers höchstens gleich gut, unter Umständen aber auch Pareto-inferior sind. Allerdings sollte man aus diesem Umstand noch nicht unmittelbar ableiten, daß Sachleistungen „besonders problematisch“ seien, wie dies Brümmerhoff auf S. 265 tut. Sicher weist die mögliche mangelnde Allokationseffizienz auf eine vorhan-

dene Problematik hin. Für ein derart summarisches und politische Konklusionen suggerierendes Urteil ist dieser eine Aspekt, und mag er auch wichtig sein, nicht hinreichend.

Bei solchen allzu nahtlosen Übergängen von der Modellargumentation in die Praxis wäre – auch an einigen anderen Stellen – mehr Zurückhaltung geboten. Vielfach fehlt es an der sprachlichen Differenzierung zwischen dem logisch Möglichen und dem empirisch tatsächlich Zutreffenden – zwischen Argumenten und Ideen einerseits und Fakten andererseits.

7. Nicht sehr glücklich ist auch der zumindest implizit durch den Text nahegelegte Zusammenhang zwischen Zinselastizität des Sparens und der Erreichung des gesamtwirtschaftlichen Pareto-Optimums bei Vorliegen einer die Zinseinkünfte einschließenden Einkommenssteuer. Sie bewirkt das Auseinanderfallen der Nettozinsätze der Sparer und der Bruttozinsätze der Investoren. Aus diesem Grund kommt es nach Brümmerhoff – ausgenommen bei einer zinsunelastischen Sparfunktion – zur Verfehlung des Pareto-Optimums und zu Wohlfahrtsverlusten (S. 267).

Die maßgebende Ursache für die Wohlfahrtsverluste infolge einer Besteuerung der Zinseinkünfte ist jedoch nach Feldstein (1978) die Verzerrung der relativen Preise zwischen Gegenwarts- und Zukunftskonsum und nicht der Keil zwischen Netto- und Bruttozinsätzen. Auch bei zinsunelastischer Sparfunktion erhöht die Besteuerung der Zinseinkünfte den relativen Preis des Zukunftskonsums. Dadurch kommt es zu einer relativen Umschichtung von Zukunfts- auf Gegenwartskonsum. Im Gegensatz dazu läßt eine Einkommensteuer, die die Zinseinkünfte nicht besteuert, die intertemporale Grenzrate der Substitution unverändert und ist deshalb aus Effizienzüberlegungen vorzuziehen.

8. Ein letzter ergänzungsbedürftiger Punkt, der hier im Zusammenhang mit

den Steuerkapiteln näher behandelt werden soll, bezieht sich auf die Berechnung und graphische Darstellung des „Excess Burden“, die auf den Seiten 252 und 276 angesprochen wird.

Im einführenden Überblick zu den Einkommens- und Substitutionseffekten schreibt Brümmerhoff: „Aus der geringen Gesamtwirkung einer Steueränderung kann auch noch nicht geschlossen werden, daß keine verzerrende Wirkung vorliegt: Der Einkommenseffekt kann u. U. den Substitutionseffekt ausgleichen . . .“ (S. 261). Um daraus folgern zu können, daß für die Berechnung der Wohlfahrtsverluste der Besteuerung die kompensierten Nachfragefunktionen heranzuziehen sind (1), bedarf es eines für ein einführendes Lehrbuch wohl nicht allgemein vorauszusetzenden Verständnisses und Vorwissens. In diesem Zusammenhang verweist Brümmerhoff auf S. 276 merkwürdigerweise auf den berühmten Artikel Harbergers aus dem Jahr 1962 zur Steuerinzidenz. Die relevanten Ausführungen zur Berechnung der Mehrbelastung wären jedoch allenfalls (unter anderem) in Harberger (1964) zu finden.

VII.

Eine neuerliche Überarbeitung des Buches sollte auch die Verbesserung vieler anderer kleiner Ungenauigkeiten und Ungereimtheiten beinhalten, auf die in diesem Rahmen nicht im Detail eingegangen werden kann.

Weniger stoßen sollte man sich dagegen an der etwas stiefmütterlichen Behandlung einzelner wichtiger Themen (wie etwa der normativen Kollektiventscheidungstheorie). Es ist selbstverständlich, daß in einem so breiten Fach wie der Finanzwissenschaft jeder Autor legitimerweise auch bei einem Lehrbuch gewisse Gewichtungen hinsichtlich der Ausführlichkeit vornimmt. Insgesamt ist in dieser Beziehung an der Brümmerhoffschen Aus-

wahl wenig auszusetzen, zumal er es schafft, in einem prinzipiell auf eine moderne „Public Economics“ ausgerichtete Darstellung institutionelle und historische Gesichtspunkte aus der älteren deutschen Finanzwissenschaft sinnvoll zu integrieren. Das Bemühen Brümmerhoffs ist durchaus eindrucksvoll, auf relativ knappem Raum eine wirklich repräsentative Darstellung zu bieten, welche neueste Errungenschaften aus der „high theory“ genauso berücksichtigt wie – um nur ein Beispiel zu nennen – marxistische Staatstheorien. Es ist nahezu natürlich, daß bei einer solchen Konzeption Schwächen in Detailargumentationen vorhanden sind. Indessen sollte bei der wünschenswerten neuerlichen Überarbeitung bedacht werden, daß bei Lehrbüchern „jede Unachtsamkeit der Autoren schlaflose Nächte für etliche Studenten“ (2) bedeutet.

Rudolf Dujmovits
Richard Sturn

Anmerkungen

- (1) Vgl dazu Harberger (1964).
(2) Felderer, Homburg (1989) VI.

Literatur

- Felderer, Bernhard; Homburg, Stefan, Makroökonomik und neue Makroökonomik (Berlin 1989, 4., korr. Aufl.).
Feldstein, Martin, The Welfare Cost of Capital Income Taxation, in: Journal of Political Economy 86/2 (1978) 29–51.
Harberger, Arnold C., Taxation, Resource Allocation, and Welfare, in: NBER and the Brookings Institution, The Role of Direct and Indirect Taxes in the Federal Revenue System (Princeton 1964) 25–75. Wiederabgedruckt in: Harberger, Arnold C., Taxation and Welfare (Boston 1974) 25–62.
Schneider, Dieter, Der Einkommensbegriff und die Einkommensteuerrechtsprechung, in: Finanzarchiv 42 (1984) 407–432.